

Pressekonferenz 27.10.2010, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung

Befragung von Demonstranten gegen Stuttgart 21 am 18.10.2010

Dieter Rucht, Britta Baumgarten, Simon Teune, Wolfgang Stuppert
Forschungsgruppe "Zivilgesellschaft, Citizenship und politische Mobilisierung in Europa"

1. Einführung - Dieter Rucht

Stuttgart 21, obgleich „nur“ ein lokales bzw. regionales Bauprojekt, polarisiert nicht nur die Bürgerschaft der Stadt. Dieser Fall verdeutlicht auch eine generell sich abzeichnende Kluft zwischen Regierenden und Regierten. Er wirft damit Fragen auf nach dem Zustand der Demokratie in Deutschland. Nur daraus erklärt sich auch das enorme mediale Interesse für das Projekt und den damit verbundenen Konflikt. Die vielfach anzutreffenden, aber bisher nicht wirklich geprüften Aussagen über die Zusammensetzung und die Motive der Demonstrierenden veranlassten uns, genauer hinzusehen. Konkret: In Form einer relativ detaillierten Fragebogenaktion.

Die Entscheidung dazu fiel schnell und spontan. Dann kam der Prozess sofort in Gang. Sicherung der Finanzierung, Erstellung und Test des Fragebogens, Druck, Rekrutierung von Helfern, Verteilung von 1500 Fragebogen vor Ort in Stuttgart bei der 48. Montagsdemonstration am 18. Oktober im mittleren Schlossgarten, wo sich Schätzungen zufolge 10.000 Demonstrierende laut Polizei, 22.000 laut Veranstaltern, zu einer lauten und friedlichen Kundgebung eingefunden hatten.

Die Befragung liefert allerdings nur eine Momentaufnahme – und zwar wenige Tage nach dem ersten offiziellen Vermittlungsgespräch mit Heiner Geißler. Es gibt konkrete Hinweise dazu, dass eine Samstagdemonstration eine etwas anders zusammengesetzte Gruppe versammelt hätte – mehr jüngere Teilnehmer, mehr Familien mit Kindern, auch mehr Teilnehmer von den Randbezirken oder ganz außerhalb Stuttgarts. Laut unserer Befragung stammten drei Viertel der Teilnehmer aus Stuttgart und 98 Prozent aus Baden-Württemberg. Von reisenden Berufsdemonstranten kann also keine Rede sein.

Nur am Rande sei vermerkt, dass es auch eine Befragung der Gegner von Stuttgart 21 per Internet gibt, die jedoch auf Grund der Selbstrekrutierung der Antwortgeber methodisch nicht zuverlässig ist. Auch wäre in Rechnung stellen, dass nicht alle Projektgegner Protestteilnehmer sind.

Wir haben während der Montagsdemonstration 1500 Fragebögen nach dem Zufallsprinzip verteilt.¹ 814 Personen haben den Fragebogen bis Montag, den 25. Oktober vollständig oder weitgehend ausgefüllt an uns zurückgeschickt.

¹ Wir danken Lisa Abele, Sophia, Alcantara, Katrin Alle, David Balle, Angelina Bartz, Max Bernauer, Nikolai Drews, Rahel Feil, Simon Garcia, Ali Hedayat, Julian Heinkele, Nele Hinderer, Alexander Liedke, Jonathan Neumann, Björn Peterhoff, Franziska Przechatzky, Nina Ramid und Markus Riek, die sich kurzfristig bereit erklärt haben, die Fragebögen mit uns zu verteilen.

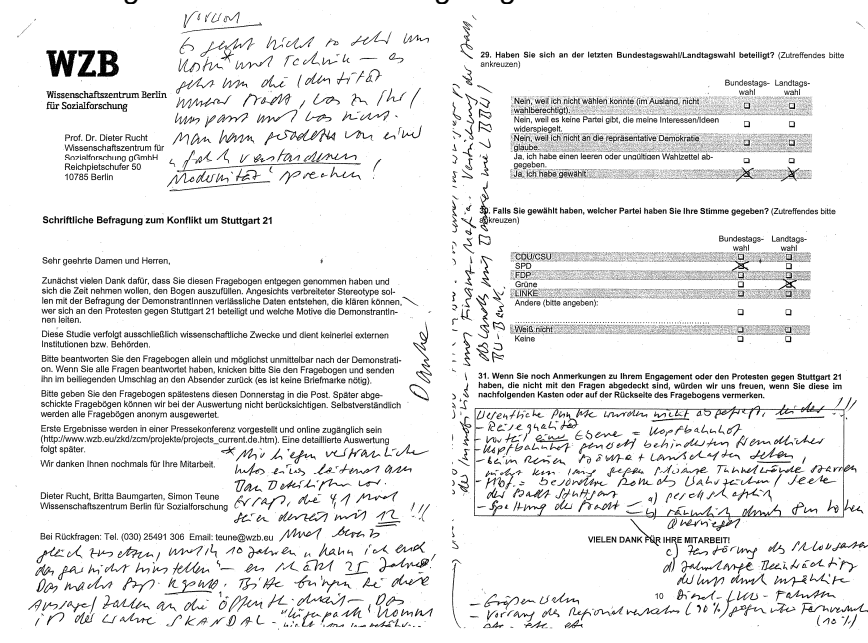
Dieses Verfahren der massenhaften, standardisierten und methodisch kontrollierten Befragung von Protestteilnehmern vor Ort ist relativ neu. Es wurde erstmals in größerem Umfang in Belgien und dann kurz darauf mehrfach von uns in der Bundesrepublik praktiziert, u.a. bei einer großen Friedensdemonstration und bei Demonstrationen gegen Hartz IV. Tabelle 1 gibt einen Überblick über die Größe der Demonstrationen sowie die verteilten und zurückgeschickten Fragebögen.

Tabelle 1: Überblick Demonstrationsbefragungen:

	15. Februar 2003 Friedensdemonstration Berlin	19. September 2004 Gegen Hartz IV vier Städte	18. Oktober 2010 Gegen Stuttgart 21 Stuttgart
Zahl der Demonstrierenden	500.000	10.700	15.000 - 20.000
Fragebogen verteilt	1430	(+ 367 direkte Interviews)	1500
Fragebogen zurück	740	783 (+367)	814
Rücklaufquote (Prozent)	51,7	49 (81)	54,3

Die außergewöhnlich hohe Rücklaufquote von gut 54 Prozent ist vor allem dadurch erklärbar, dass die Protestierenden eine hohe Motivation hatten, sich mitzuteilen. Sichtbar wird dies nicht nur an den geringen Verweigerungen (5-7 Prozent), den Fragebogen anzunehmen, sondern auch an dem teils überquellenden Mitteilungsdrang, der sich beim Ausfüllen der drei offenen Fragen zeigte (s. Abb. 1).

Abbildung 1: Faksimile eines Fragebogens



Unser Dank gilt auch Layla Fassbender, Achim Fischer, Patrick Fouquet, Anna Gandziarowski, Roger Grahl, Ali Hedayat, Christoph Jirousch, Markus Malik, Florian Mönks, Nina Ramid und Wolfgang Stuppert, die die Fragebögen in wenigen Tagen in eine Datenbank eingegeben haben. Ganz besonders danken wir Sebastian Boedeker für die schnelle und zuverlässige Aufbereitung der Daten.

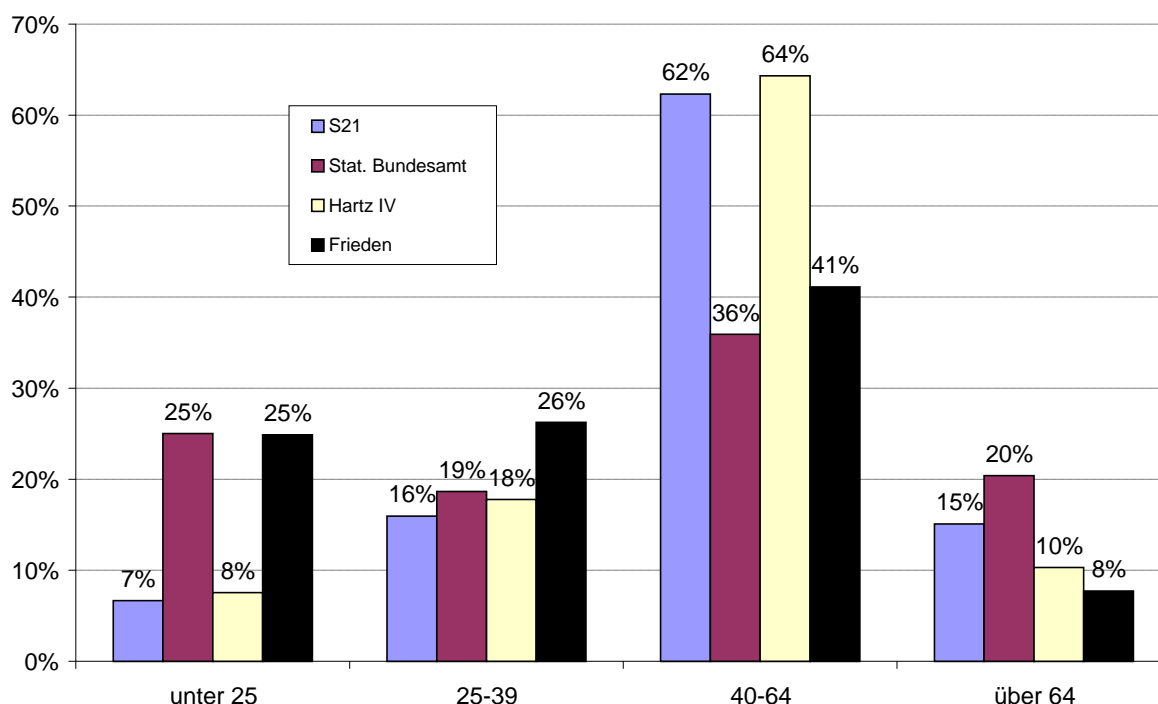
Sichtbar wird die hohe Motivation auch aus dem Sachverhalt, dass einige Personen von sich aus den Fragebogen kopierten und weiter verteilten – wobei wir den darauf beruhenden Rücklauf nicht in die Analyse einbeziehen konnten, um das Prinzip der Zufallsauswahl zu wahren. Die Quote der nicht beantworteten Fragen war sehr gering. Das erhöht die statistische Aussagekraft der Ergebnisse.

2. Sozio-demografisches Profil der Demonstrierenden – Britta Baumgarten

Beim sozio-demografischen Profil der Demonstrierenden zeigte die Befragung, dass die Zusammensetzung der Demonstrierenden in einigen Aspekten der Zusammensetzung der Gesamtbevölkerung entspricht. In anderen Aspekten weicht sie allerdings stark ab.

Die Altersstruktur der Demonstrierenden (s. Abb. 2) ist für Demonstrationen ungewöhnlich verteilt. Über 60 Prozent der Demonstrierenden sind zwischen 40 und 64 Jahre alt und nur 7 Prozent waren jünger als 25. Die Gruppe der Rentner nimmt mit 14% einen vergleichsweise großen Anteil an den Demonstrierenden ein. Rentner sind damit jedoch wieder dem allgemeinen Erwarnten weit davon entfernt, die größte Gruppe zu stellen.

Abbildung 2: Alter der Demonstrierenden im Vergleich zur Gesamtbevölkerung und zu den Demonstrationen gegen den Irakkrieg und gegen die Hartz-Reformen.



Bis auf die Gruppe der Personen über 64 ähnelt die Zusammensetzung der Demonstrierenden nach Altersgruppen sehr stark den Protestierenden gegen Hartz IV. Bei den Friedensdemonstrationen waren die Demonstrierenden deutlich jünger. Hier gehörten etwa 40 Prozent zur Gruppe der 40-64 -Jährigen und über ein Viertel war jünger als 25.

Ein paar kurze Bemerkungen zum Bildungsgrad (s. Tabelle 2). Bemerkenswert ist der überproportional hohe Anteil an sehr gut ausgebildeten Personen unter den Demonstrierenden. Etwa die Hälfte der Befragten hat einen Universitäts- oder Fachhochschulabschluss, darunter sind 4 Prozent Promovierte. Dieser Anteil ist mehr als doppelt so hoch wie die jeweiligen Anteile der Bevölkerung mit diesen Abschlüssen. Auch unter den Teilnehmern der Friedensdemonstrationen war der Anteil Hochgebildeter mit sogar 82 Prozent überproportional vertreten. In geringerem Umfang (von 35%) trifft dies auch auf die Demonstrationen zu Hartz IV zu.

Der Frauenanteil entspricht mit 50 Prozent etwa dem Bevölkerungsdurchschnitt.

Tabelle 2 Hochschulabschlüsse der Demonstrierenden im Vergleich zur Gesamtbevölkerung und zu den Demonstrationen gegen den Irakkrieg und gegen die Hartz-Reformen. (Angaben in Prozent)

	Anteil Uni.- und FH Abschluss
Bevölkerung insgesamt	26*
S21	50
Frieden	82
Hartz IV	35

* OECD (bezieht sich auf 25-64-Jährige)

Tabelle 3: Berufsangaben der Demonstrierenden

	Anzahl Befragte	Prozent Befragte
UngelernteR ArbeiterIn	4	0,5
FacharbeiterIn	26	3,3
VorarbeiterIn	1	0,1
einfacheR AngestellteR oder BeamteR	218	27,5
LeitendeR AngestellteR oder BeamteR	119	15,0
FreiberuflerIn	100	12,6
ArbeitgeberIn (bis zu 10 Angestellte)	20	2,5
ArbeitgeberIn (mehr als 10 Angestellte)	8	1,0
Arbeitslos	31	3,9
RenterIn	111	14,0
Hausfrau/Hausmann	29	3,7
StudentIn; SchülerIn; Lehrling	49	6,2
Sonstiges	77	9,7
Gesamt	793	100

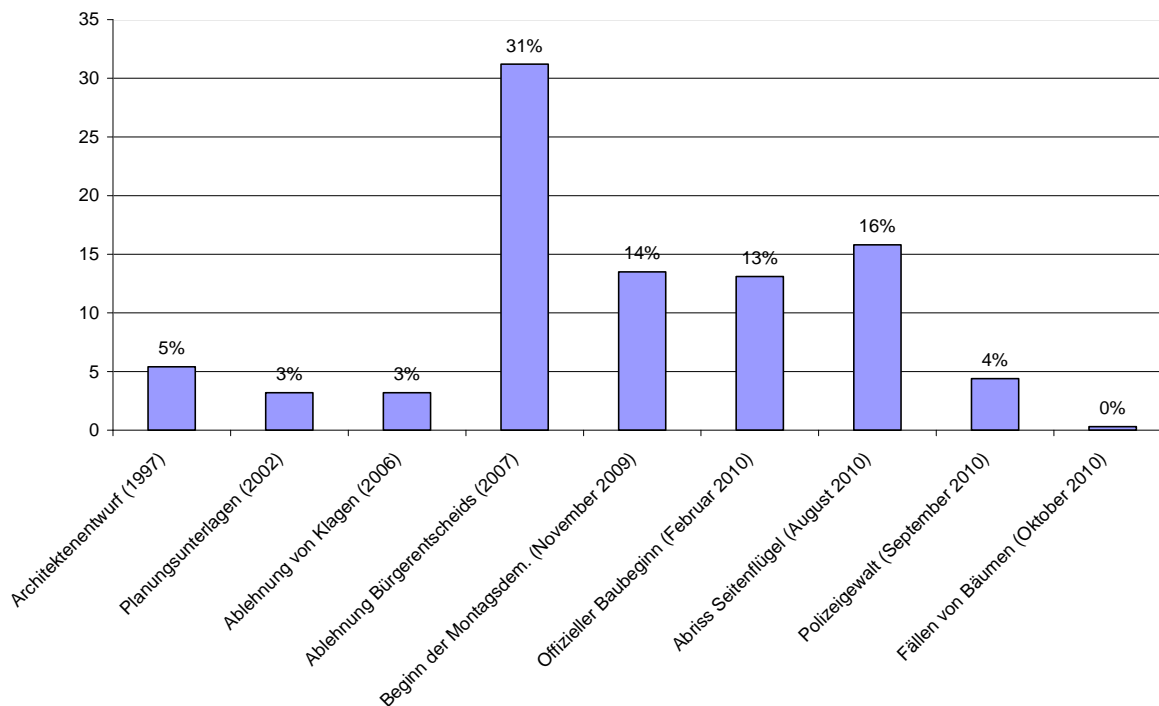
Tabelle 4: Sektor, in dem Demonstrierende arbeiten

	Anzahl Befragte	Prozent Befragte
Land- und Forstwirtschaft	10	1,4
Produzierendes Gewerbe	102	14,1
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	58	8,0
Sonstige Dienstleistungen	204	28,2
Öffentlicher Dienst	216	29,8
Nicht berufstätig	134	18,5
Total	724	100

3. Hintergrund des Engagements gegen Stuttgart 21 - Britta Baumgarten

Wir fragten die Teilnehmer, welches Ereignis sie erstmalig veranlasst hat, sich gegen Stuttgart 21 zu engagieren. Abbildung 3 zeigt auf der x-Achse die verschiedenen Ereignisse in chronologischer Reihenfolge. Auf der y-Achse ist der Prozentsatz der Befragten eingezeichnet, für die das jeweilige Ereignis ein Auslöser war, um sich zu engagieren.

Abbildung 3: Welches Ereignis hat Sie erstmalig veranlasst, sich gegen Stuttgart 21 zu engagieren?



Unsere ersten Auswertungen widersprechen dem allgemeinen Vorwurf, dass sich die meisten Protestteilnehmer zu spät gegen das Projekt Protest einlegten. Über die

Hälfte der Befragten engagieren sich bereits vor dem offiziellen Baubeginn im Februar 2010. Wie die vierte Säule im Diagramm zeigt, war für fast ein Drittel der Befragten die Ablehnung des Bürgerentscheids im Jahre 2007 der Anlass, erstmalig öffentlich gegen Stuttgart 21 zu agieren.

Die Massenproteste kamen zwar spät, das politische Engagement gegen Stuttgart 21 setzte bei vielen Protestteilnehmern jedoch wesentlich früher ein.

Dass die späteren Ereignisse, etwa „Polizeigewalt“ im September 2010 weniger Personen erstmalig veranlasst haben sich zu engagieren ist nicht so zu deuten, dass diese Ereignisse als weniger wichtig wahrgenommen werden. Da sich die Frage auf das erstmalige Engagement der Protestierenden bezieht, konnten Personen, die sich schon früher engagiert haben, diese Ereignisse nicht mehr angeben.

Kommen wir zu den Hauptargumenten der Protestierenden gegen Stuttgart 21 (s. Tabelle 5). Auch hier überraschen unsere Ergebnisse, denn als Hauptargumente gegen das Projekt Stuttgart 21 werden vor allem die hohen Kosten des Projektes, Demokratiedefizite und die Profite auf Seiten der Banken und Baukonzerne genannt. Es sind also nicht in erster Linie die besorgten Anwohner, die etwa wegen zu befürchtendem Baulärm auf die Strasse gehen. Die Bürger engagieren sich aber auch aus Gründen, die nicht nur speziell für das Bauprojekt S21 gelten, sondern auch auf andere Großprojekte übertragbar wären.

Tabelle 5: Welche drei Argumente gegen Stuttgart 21 sind für Sie am wichtigsten?

Reihenfolge der Nennung	Häufigkeit
Hohe Kosten des Projektes	377
Profit nur auf Seiten der Banken und Baukonzerne	271
Demokratiedefizite bei der Planung des Projektes	255
Demokratiedefizite beim Umgang mit ProjektkritikerInnen	255
Geringere Kapazität des 8-gleisigen Durchgangsbahnhofes	224
Geologische Gefahren beim Tunnelbau	179
Finanzielle Beeinträchtigung anderer Bahnprojekte durch Stuttgart 21	147
Zukünftige Beeinträchtigung des Betriebsablaufs im Nahverkehr	144
Umweltschutz	138
Nicht abschätzbare weitere Probleme	124
Anderes Argument gegen Stuttgart 21	115
Beeinträchtigung von Mineralwasservorkommen	104
Denkmalschutz	63
Lärm- und Verkehrsbelastung während der Bauphase	40

Ein Blick auf die Erwartungen der Demonstrierenden an die Proteste zeigt, dass Über 90 Prozent der Demonstrierenden glaubt, dass sich durch die Demonstrationen die Chance auf die Verhinderung des Projektes erhöht (Tabelle nicht abgebildet). Es geht ihnen dabei vor allem um den unterirdischen Durchgangsbahnhof. Die Neubaustrecke Wendlingen-Ulm stößt dagegen bei weniger als einem Drittel der Befragten auf Ablehnung (s. Abbildung 4).

Tabelle 6: Haltung der Befragten zur Neubaustrecke Wendlingen-Ulm:

	Anzahl Befragte	Prozent Befragte
Lehne ab	213	27
Stimme zu	102	13
Stimme mit Änderung zu	422	53
Darüber weiß ich nicht genug	63	8

Protest wird nicht als Alternative zum Vermittlungsprozess verstanden, die unter Umständen auch eine Gefährdung der Gespräche in Kauf nähme. Im Gegenteil: Protest wird als zusätzliche Unterstützung gewertet. Viele der Demonstrierenden erwarten, durch die Proteste die Position der ProjektgegnerInnen während der Vermittlungsgespräche zu verbessern (s. Abbildung 5).

Abbildung 4: Vertrauen in den Vermittlungsprozess

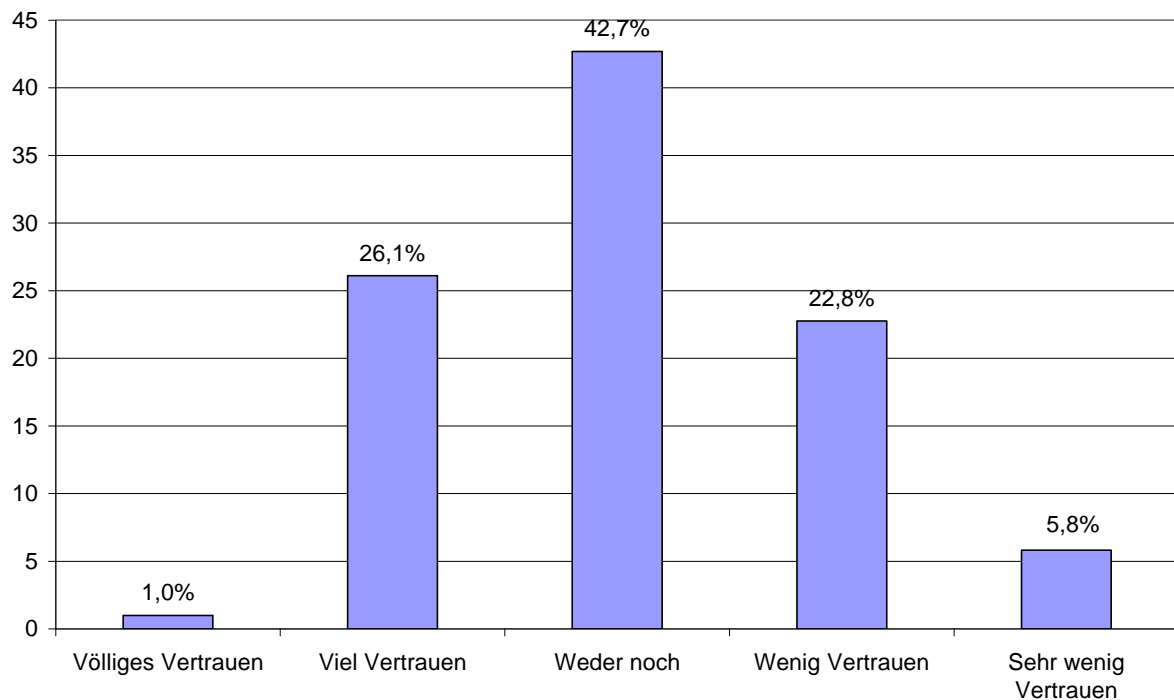
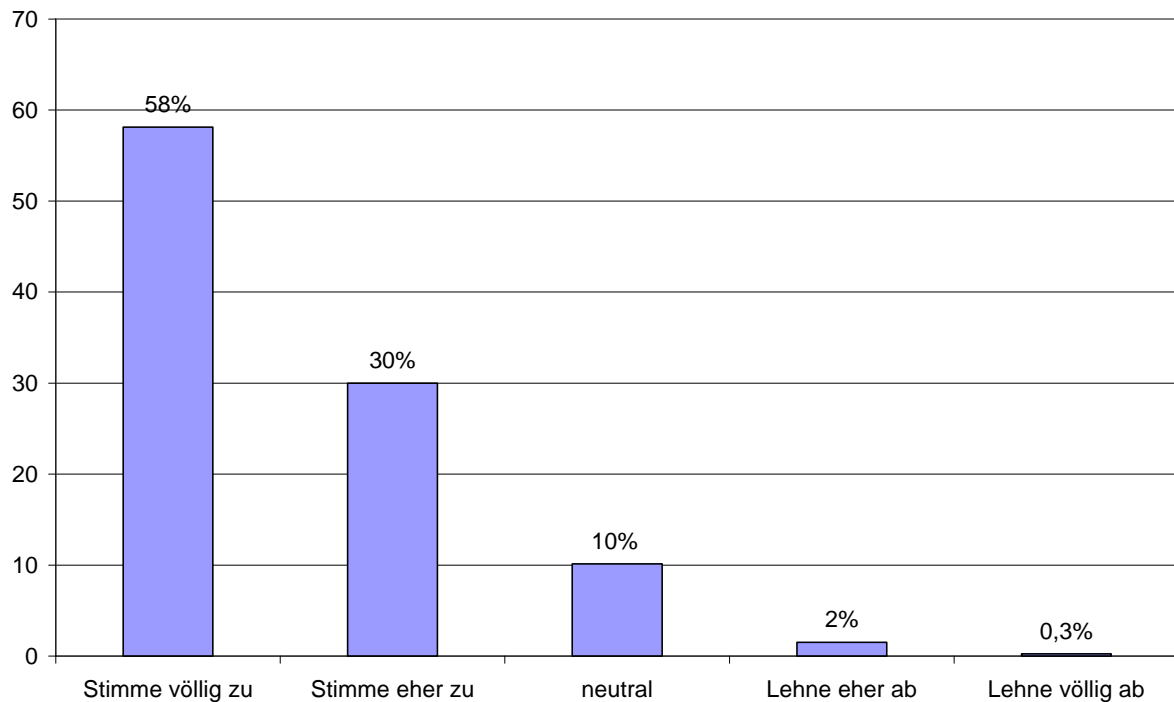


Abbildung 5: Diese Demonstration verbessert die Position der ProjektgegnerInnen auch während Vermittlungsgesprächen.



Eine letzte Beobachtung bezieht sich auf die lokalen und regionalen Medien. Wenn es um die Berichterstattung zu Stuttgart 21 geht, dann haben viele der Demonstrierenden nur geringes Vertrauen in die lokalen und regionalen Medien. Dies gilt sowohl für die Stuttgarter Zeitung, als auch für die Stuttgarter Nachrichten, die jeweils von über 80 Prozent der Demonstrierenden als parteiisch eingeschätzt werden. Der SWR schneidet hier etwas besser ab. 53 Prozent der Befragten halten diesen Sender eher für parteiisch.

Tabelle 7: Einschätzungen zu lokalen und regionalen Medien (Angaben in Prozent)

	Stimme völlig zu	Stimme eher zu	Neutral	Lehne eher ab	Lehne völlig ab
Die Stuttgarter Zeitung ist parteiisch	53	33	11	3	1
Die Stuttgarter Zeitung ist informativ	6	30	33	26	7
Die Stuttgarter Nachrichten sind parteiisch	60	21	16	2	1
Die Stuttgarter Nachrichten sind informativ	2	16	40	30	13
Der SWR ist parteiisch	23	30	35	10	2
Der SWR ist informativ	13	39	31	13	4

4. Politische Aktivität jenseits von Stuttgart 21 – Simon Teune

Die gestellten Fragen geben auch Aufschluss darüber, inwiefern die Demonstrierenden jenseits von Stuttgart 21 politisch aktiv sind und wie sich Ihr Demokratieverständnis und ihre Parteienpräferenz durch den Konflikt verändert haben. Dabei zeigt sich, dass unter den Demonstrierenden mehr Neulinge als Vielprotestierer sind. Konfliktbereit sind sie alle zu einem hohen Anteil.

Tabelle 8: Erfahrungen mit Protest jenseits des Konfliktes um Stuttgart 21

	Anzahl	Prozent
Keine Erfahrung	175	21,5
Erfahrung	639	78,5
Total	814	100

Ein Fünftel der Befragten ist im Rahmen der Proteste gegen den Bahnhofsumbau das erste Mal auf die Straße gegangen. Diese Protestneulinge stehen einer Mehrheit gegenüber, die schon vorher Erfahrungen mit Protesten gesammelt haben (s. Tabelle 8) - zu einem hohen Anteil zu den Themen Frieden (53 %) und Umwelt (44 %). Aber nur eine kleine Gruppe ist dauerhaft bei Protesten aktiv: Etwa 16 Prozent, haben in den letzten fünf Jahren häufiger als fünf Mal zu anderen Anlässen demonstriert (s. Tabelle 9).

Tabelle 9: Protestteilnahme in den letzten fünf Jahren

	Anzahl	Prozent
Keine	375	46,3
1 bis 5	303	37,4
6 bis 10	64	7,9
11 bis 20	24	2,9
Mehr als 20	44	5,4
Total	810	100

Unerwartet hoch ist die Konfliktbereitschaft der Befragten. Eine Zweidrittel-Mehrheit (66 %) unter den Protestierenden ist generell bereit, ihren Protest auch in konfrontativen Formen zu äußern – etwa mit Besetzungen und Blockaden (s. Tabelle 10). 93 Prozent halten Aktionen zivilen Ungehorsams im Kontext von Stuttgart 21 für gerechtfertigt.

Tabelle 10: Teilnahme an einer direkten Aktion (wie z.B. Blockade, Besetzung, ziviler Ungehorsam)

	Anzahl	Prozent
Keine Angabe	275	33,9
Habe ich gemacht	354	43,7
Würde ich machen	182	22,4
Total	811	100

55 Prozent der Protestierenden sind in einer Initiative oder Organisation aktiv. Sie engagieren sich vor allem zu Umweltthemen, in Kirchen, Gewerkschaften und karitativen Initiativen. Organisationen spielen aber eine geringere Rolle für die Entscheidung, sich an den Protesten gegen Stuttgart 21 zu beteiligen. Mehr als 40 Prozent wurden durch Freunde und Familie motiviert – nur knapp 5 Prozent über eine Organisation (s. Tabelle 11).

Tabelle 11: Gab es Menschen, die Sie dazu bewegt haben, sich an den Protesten gegen Stuttgart 21 zu beteiligen? Wenn ja, aus welchem Kreis stammen sie?

	Anzahl	Antworten Prozent	Prozent der Fälle
Nein	434	44,8	53,9
Familie	132	13,6	16,4
Freunde	196	20,2	24,3
Nachbarn/Bekannte	69	7,1	8,6
KollegInnen am Arbeitsplatz, in der Universität/Schule	72	7,4	8,9
Mitglieder meiner Initiative oder Organisation	38	3,9	4,7
Andere	27	2,8	3,4
Total	968	100	120,2

Dazu passt, dass persönliche Gespräche das wichtigste Kommunikationsmedium waren, das die Befragten veranlasst hat, sich gegen Stuttgart 21 zu engagieren (60 %). Die so viel zitierten sozialen Netzwerke wie Facebook oder Twitter spielten dagegen eine marginale Rolle: nur für 8 Prozent waren sie entscheidend (s. Tabelle 12).

Tabelle 12: Welche Informationswege haben bei Ihrer Entscheidung, sich an den Protesten gegen Stuttgart 21 zu beteiligen, eine Rolle gespielt?

	Anzahl	Antworten Prozent	Prozent der Fälle
Kommerzielle und öffentlich-rechtliche Massenmedien	375	25,8	47,5
Nicht-kommerzielle Medien	261	18,0	33,1
Interne Kommunikation einer Organisation	284	19,5	36,0
Soziale Netzwerke im Internet	59	4,1	7,5
Persönliche Gespräche	474	32,6	60,1
Total	1453	100	184,2

5. Demokratieverständnis und Parteipräferenz - Simon Teune

In der Vergangenheit ist viel spekuliert worden, was die Ereignisse in Stuttgart für die repräsentative Demokratie bedeuten. Unsere Befragung zeigt, dass die Demonstranten den Zustand der Demokratie in der Bundesrepublik sehr kritisch sehen, die überwiegende Mehrheit sind dabei aktive Demokraten, die das repräsentative System nicht an sich in Frage stellen.

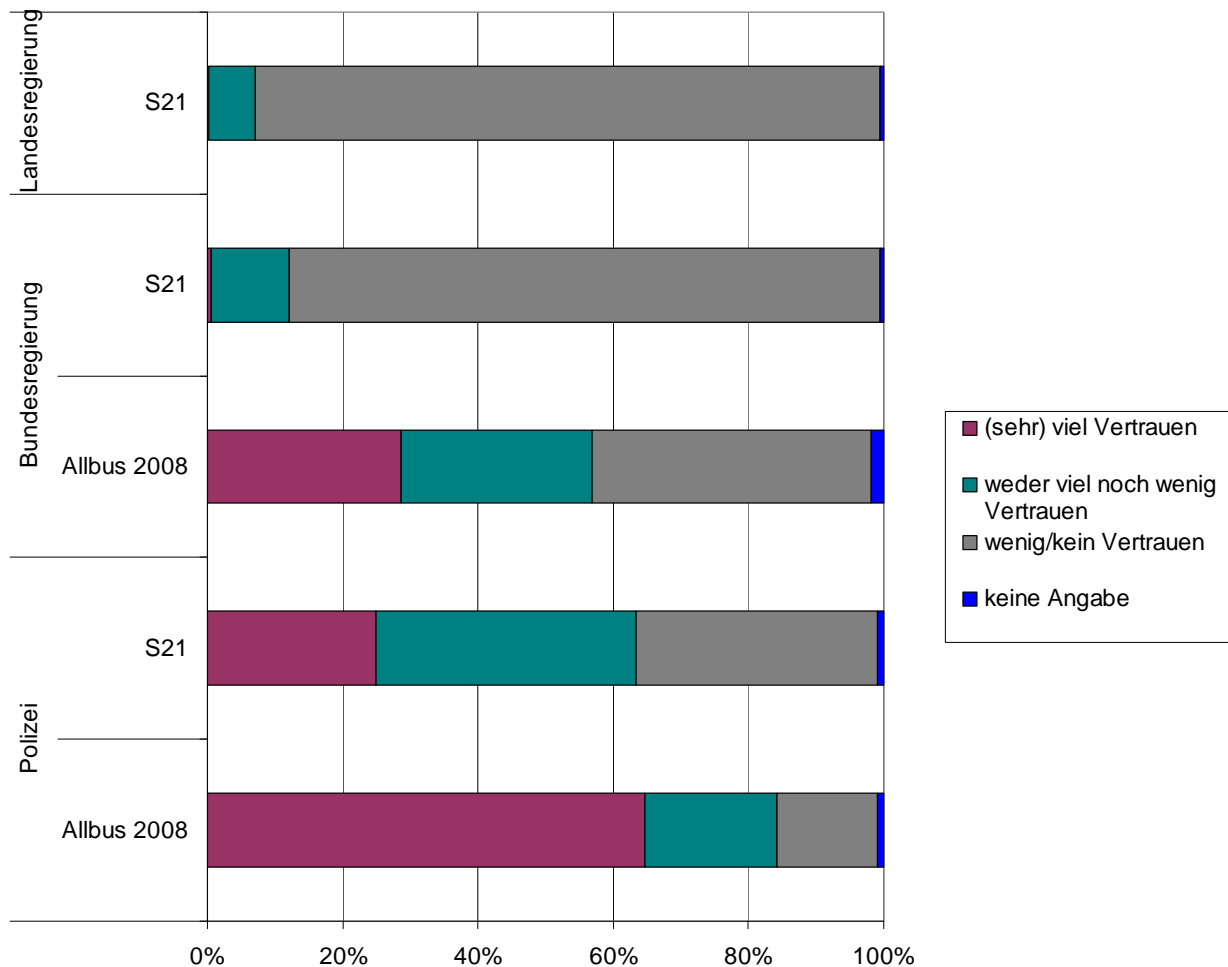
Die Unzufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie ist mit 83 Prozent unter den Demonstrierenden deutlich höher als in der Gesamtbevölkerung (s. Tabelle 13). Hier sind es mit einer anderen Formulierung der Frage im Deutschlandtrend der ARD im Juli 2010, 51 Prozent, die sich unzufrieden zeigen.

Tabelle 13: Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland (Angaben in Prozent)

	ARD Deutschlandtrend (Juli 2010)	S21- Demonstranten
Unzufrieden	51	84
Zufrieden	49	16
Total	100	100

Die Unzufriedenheit zeigt sich besonders krass bei der Landesregierung und dem Landesparlament, denen nur noch wenige Demonstrierende Vertrauen schenken. Das strahlt auch auf die Bundespolitik ab und auf die Polizei, die in Bevölkerungsumfragen großes Vertrauen in der Bevölkerung genießt (s. Abbildung 6).

Abbildung 6: Vertrauen in Landesregierung, Bundesregierung und Polizei im Vergleich mit der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften.



Gleichzeitig finden wir aber auch vor allem in den Antworten auf die offen gestellten Fragen emphatische Bekenntnisse zur repräsentativen Demokratie, bzw. Forderungen nach einer Ergänzung durch direktdemokratische Verfahren. Ein Stuttgarter schreibt: „Ich bin mehr denn je von einer repräsentativen Demokratie und der Verfassung überzeugt, befürchte aber, dass Demokratie [...] für Regierungsmitglieder und die große Mehrheit der Abgeordneten nur ein hohles Lippenbekenntnis [ist]“. Eine junge Stuttgarterin wünscht sich „ein bisschen mehr Schweiz in Deutschland“.

Die Polizeigewalt bei der Räumung des Schlossgartens am 30. September ist für viele Demonstrierende ein Schlüsselerelebnis, das das Vertrauen zur Landesregierung vollends zerstört hat. In allen Gruppen der Demonstrierenden, auch unter CDU WählerInnen, werden die Erlebnisse als Beleg angeführt, dass die Demokratie in Baden-Württemberg in der Krise ist.

Tabelle 14: Aussagen zum politischen System und zu Politikern

	Stimme völlig zu	Stimme eher zu	Neutral	Lehne eher ab	Lehne völlig ab
Ich sehe keinen Nutzen in Wahlen. Parteien machen ohnehin was sie wollen.	8,0	18,5	13,8	31,8	27,9
In der Politik passieren viele Dinge im Verborgenen.	73,1	24,2	2,1	0,5	0,1
Politische Parteien sind nur an meiner Stimme, aber nicht an meinen Ideen interessiert.	39,5	41,2	14,4	4,6	0,4
Für Leute wie mich ist Politik viel zu kompliziert; man muss Experte sein, um Politik zu verstehen.	1,4	7,3	14,3	38,6	38,4
Wenn Leute wie ich ihre Meinung gegenüber Politikern kundtun, dann wird diese Meinung auch berücksichtigt.	0,6	4,7	20,0	47,0	27,8

Die Kritik an der real existierenden Demokratie ändert nichts daran, dass Wahlen mehrheitlich als wichtig eingeschätzt werden. Jeweils 91 Prozent gaben an, dass sie sich an der letzten Bundes- und Landtagswahl beteiligt haben. Für das Funktionieren der Demokratie werden Transparenz sowie die Unabhängigkeit von Parlamentariern und Regierenden als zentral angesehen.

Die Antwort auf die Sonntagsfrage für Land (80 %) und Bund (75%) zeigt eine überwältigende Mehrheit für Bündnis 90/Die Grünen. Die LINKE kommt immerhin auf 12 Prozent (Land) bzw. 13 Prozent (Bund) - alle anderen Parteien sind marginal. Dabei haben knapp die Hälfte der Befragten im Bund und 61 Prozent im Land bei den letzten Wahlen auch die Grünen gewählt.

CDU, SPD und FDP hatten unter den Demonstrierenden durchaus Wähler. Sie würden aber nur von Einzelnen wiedergewählt werden. Während CDU, SPD und FDP bei den letzten Landtagswahlen zusammen noch von 23 Prozent der Montagsdemonstranten gewählt worden waren, kommen sie in der Sonntagsfrage gerade auf 1,6 Prozent. Die CDU kommt überhaupt nicht mehr vor. Es gibt also eine massive Vertrauenserosion für die Parteien, die Stuttgart 21 vorangetrieben haben.

Tabelle 15: Welche Partei würden Sie wählen, Wenn morgen Bundestagswahlen wären?

	Anzahl	Prozent
Keine	21	2,6
CDU/CSU	1	0,1
SPD	18	2,3
FDP	0	0,0
Grüne	593	74,5
LINKE	105	13,2
Andere	23	2,9
Weiß nicht	35	4,4
Total	796	100

Tabelle 16: Welche Partei würden Sie wählen, Wenn morgen Landtagswahlen wären?

	Anzahl	Prozent
Keine	13	1,6
CDU/CSU	0	0,0
SPD	12	1,5
FDP	1	0,1
Grüne	635	79,6
LINKE	92	11,5
Andere	21	2,6
Weiß nicht	24	3,0
Total	798	100

Tabelle 17: Welcher Partei haben Sie bei den letzten Bundestagswahlen Ihre Stimme gegeben?

	Anzahl	Prozent
Keine	9	1,3
CDU/CSU	66	9,2
SPD	129	18,0
FDP	35	4,9
Grüne	349	48,6
LINKE	108	15,0
Andere	17	2,1
Weiß nicht	5	0,7
Total	796	100

Tabelle 18: Welcher Partei haben Sie bei den letzten Landtagswahlen Ihre Stimme gegeben?

	Anzahl	Prozent
Keine	12	1,7
CDU/CSU	45	6,4
SPD	90	12,8
FDP	27	3,8
Grüne	431	61,1
LINKE	78	11,1
Andere	12	1,7
Weiß nicht	10	1,4
Total	705	100

Auch unter den CDU-Wählern herrscht Entsetzen über die Polizeigewalt am 30. September und über den Politikstil der Landesregierung. So schreibt eine CDU-Wählerin auf die Frage, wie der Konflikt um Stuttgart 21 ihre Wahrnehmung verändert hat: „Volksbefragungen werden auch in BW möglich werden. [...] Regierungswechsel in BW möglich.“

6. Typen von Demonstrierenden – Wolfgang Stuppert

Zum Abschluss wollen wir mittels eines statistischen Verfahrens, der so genannten Cluster-Analyse, einen Überblick über die Ergebnisse liefern. Mithilfe der Cluster-Analyse lassen sich unter den Protestierenden gegen Stuttgart 21 Gruppen ausmachen, die ähnliche Eigenschaften aufweisen. Durch unsere Analyse haben sich die folgenden drei Gruppen herauskristallisiert (s. Abbildung 6):

Die Gruppe der Protesterfahrenen, die Gruppe der moderaten Protestneulinge und die situativ Engagierten, die mit 53 Prozent die Mehrheit der Demonstrierenden darstellt.

Die Protesterfahrenen haben – wie der Name schon sagt – meist bereits vor ihrem Engagement gegen Stuttgart 21 an einer Vielzahl von Protesten teilgenommen. Sie sind außerdem am stärksten links orientiert, am stärksten politisch engagiert und meist in die Arbeit von mehreren Initiativen und Organisationen eingebunden. Zusätzlich haben sie sich eher früh gegen Stuttgart 21 engagiert. Dieser Gruppe gehören rund 18 Prozent der Protestierenden an.

Die situativ Engagierten haben mehrheitlich an mindestens einer Demonstration vor Stuttgart 21 teilgenommen. Im politischen Spektrum ordnen sie sich zwar ebenfalls eher links ein, aber im Schnitt wesentlich näher zur Mitte als die Protesterfahrenen. Sie bedienen sich vor allem niedrigschwelliger Formen politischen Engagements und sind wenn, dann meist in die Arbeit von nicht explizit politischen Initiativen und Organisationen eingebunden.

Für drei Viertel der Gruppe der moderaten Protestneulinge ist Stuttgart 21 der erste Protest, an dem sie in den letzten fünf Jahren teilgenommen haben. Die Mehrheit ordnet sich hier der politischen Mitte zu. Zu dieser Gruppe gehören auch die meisten ehemaligen CDU-Wähler. In Initiativen und Organisationen sind diese Protestierenden weitaus weniger eingebunden als die beiden anderen Gruppen. Sie scheuen sich mehrheitlich vor konfrontativem Engagement. Zudem sind die Demonstranten dieser Gruppe erst vergleichsweise spät zu den Protesten hinzugestoßen - knapp 40 Prozent erst mit dem Abriss des Bahnhof-Seitenflügels im August oder später.

Abbildung 6: Drei Typen von Protestierenden

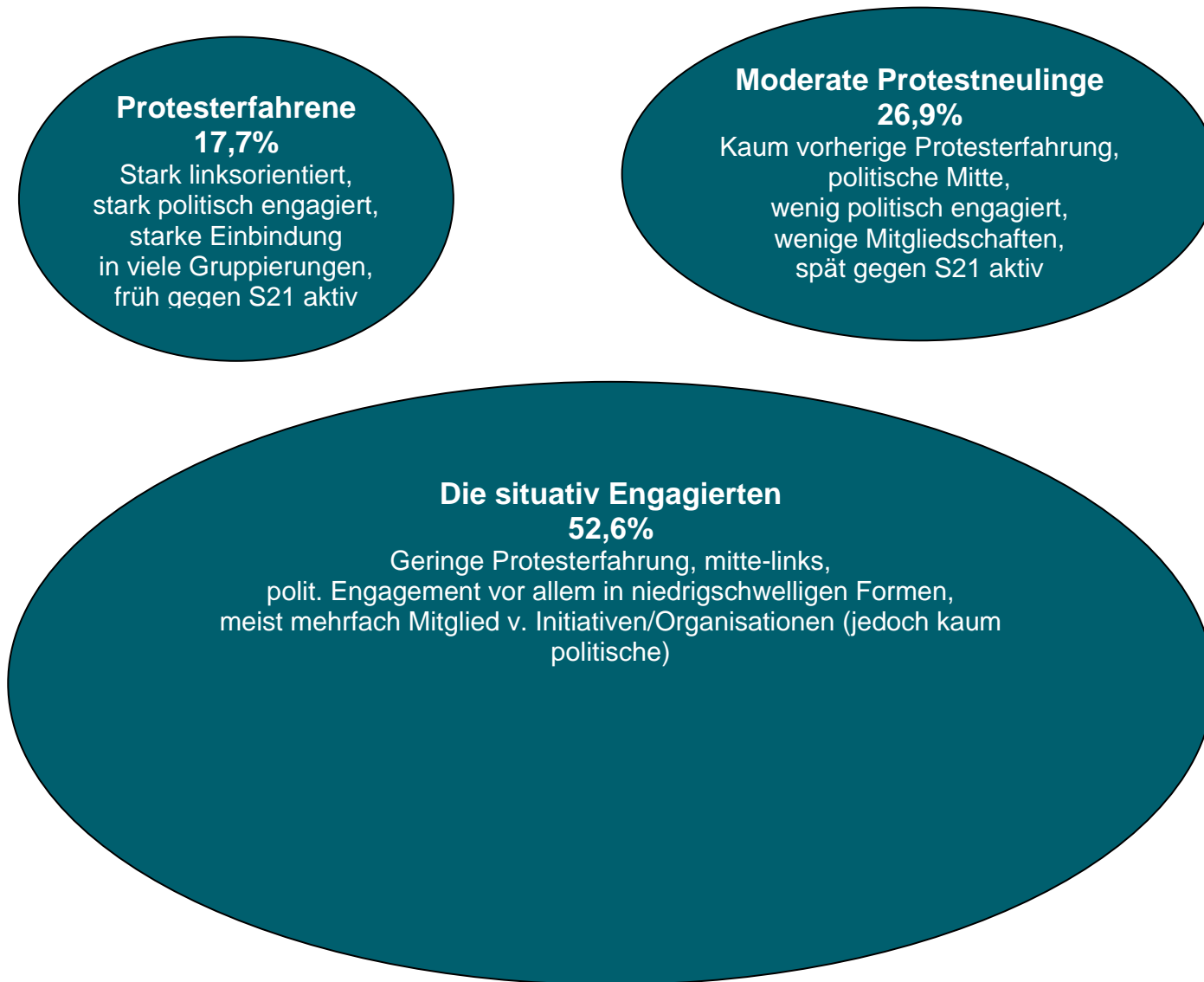


Tabelle 19: Eigenschaften der drei Protesttypen (Häufigkeit in Prozent)

Gruppe	Erst- protestierende	Links-orientiert	Mitglied von Initiativen und Vereinen	Überhaupt nicht zufrieden mit dem Funktionieren der Demokratie	Stimme für CDU/CSU (Bundestag)	Stimme für LINKE (Bundestag)	Erfahrung mit konfrontativem Engagement	Vor Ablehnung des Bürger- entscheids (2007) gegen S21 aktiv
Protesterfahrene	12,5	81,7	97,2	48,6	1,6	28,0	66,6	23,3
Die situativ Engagierten	41,8	62,5	81,5	34,6	6,4	13,0	57,2	11,0
Moderate Protestneulinge	77,6	34,5	62,1	30,1	19,2	11,1	36,1	7,6